

## Antrag von B90/Die Grünen, SPD, Die Linke zur „Bezahlkarte für Geflüchtete“

**Der Rat der Stadt Detmold sieht keine Notwendigkeit zur Einführung einer „Bezahlkarte“ für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Kommune und möchte am bewährten System der Leistungserbringung festhalten.**

Dazu macht der Rat der Stadt Detmold von der sog. Opt-Out Regelung (§ 4 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW v. 1.3.2025) Gebrauch und beschließt, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Regelfall nicht mit einer Bezahlkarte erbracht werden.

### Begründung:

Aufgrund der in Kraft getretenen o.g. Bezahlkartenverordnung ist bei der Leistungsgewährung nach dem AsylbLG die flächendeckende Einführung der sog. Bezahlkarte in NRW und auch für die Kommune zunächst verpflichtend. Nach § 4 Abs. 1 der o.g. Verordnung kann die Kommune jedoch abweichend beschließen, dass sie die Leistungen nach dem AsylbLG nicht in Form der Bezahlkarte auszahlt (Opt-Out Regelung).

Folgende Gründe sprechen gegen die Einführung der Bezahlkarte:

1. Es ist nicht nachgewiesen, dass eine Auszahlung der Leistungen nach dem AsylbLG über ein Konto Anreize zur Migration setzt. Dem Bundesfinanzministerium liegen laut eigener Aussage keine belastbaren Zahlen vor, inwiefern solche Überweisungen ins nicht-EU-Ausland tatsächlich stattgefunden haben. Dies bedeutet, dass weder die Höhe von Zahlungen bekannt ist und erst recht nicht, ob diese Zahlungen aus Transferleistungen erfolgt sind. Es handelt sich daher um eine rein politisch motivierte Spekulation.

Fraglich ist auch, ob aufgrund der Höhe der nach dem AsylbLG gezahlten Leistungen und der hiesigen Lebenshaltungskosten überhaupt Spielräume für Auslandsüberweisungen bestehen.

2. Die Bezahlkarte hätte diskriminierende und integrationshemmende Wirkung. Sie würde geflüchtete Menschen stigmatisieren, sie in ihrer Lebensführung bevormunden, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren und so nicht zuletzt die Arbeit der in der Integrationsarbeit Tätigen behindern.

Konkret erschwert eine starke Limitierung des Bargeldes den Geflüchteten eben dort einzukaufen, wo es günstig ist: auf Flohmärkten, in Second-Hand-Läden. Auch bei Kleinanzeigenverkäufen ist oft nur Barzahlung möglich.

3. Die Einführung eines neuen Auszahlungssystems würde einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten und Kosten verursachen, die nur zu einem geringen Teil durch das Land gegenfinanziert werden.

In Detmold wären aktuell rund 100 Personen von den Regelungen der Bezahlkartenverordnung betroffen.

Nach erfolgter Neuzuweisung nach Detmold werden die Asylsuchenden aktuell bei der Einrichtung eines Girokontos unterstützt. Bei Bedarf werden für einen Übergangszeitraum

Barschecks ausgestellt. Dieses Verfahren läuft reibungslos und hat sich in der Vergangenheit bewährt.

Es ist ein diskriminierungsfreies Verfahren, das den Geflüchteten einen Einblick und eine Einübung in unsere gesellschaftliche Realität ermöglicht. Dies ist wichtig für eine Integration, soweit dauerhaftes Bleiberecht anerkannt wird.

Ein Mehraufwand für die Verwaltung - auch in personeller Hinsicht - würde sich bereits durch die Installation des neuen Verfahrens ergeben, da die technische Einrichtung erfolgen muss (Schaffung einer Schnittstelle zwischen der Software der Asylbewerberleistungsstelle und dem Bezahlkartennavigator). Ein Mehraufwand entsteht auch durch die Bestellung und Aushändigung der Karten, Fragen zu Sperrungen, Ersatzausstellungen, Fragen zu den PINs und erneute Pin-Freischaltung und Freigabe von externen Leistungsempfängern, z.B. Stadtwerke, Deutschlandticket etc.

Für den personellen Aufwand sind keine Erstattungen vorgesehen. Dieser ist, neben den bereits genannten Mehraufwendungen, auch für Klageverfahren zu erwarten, wenn es zu Auseinandersetzungen über Mehrbedarfe Leistungsberechtigter mit Einzelfallprüfung kommt.

Der Verwaltungsaufwand würde insgesamt steigen. Detmold hat ein funktionierendes System, das wenig Aufwand erfordert und etabliert ist.

Dr. Birgit Meyer-Ehlert

Rainer Friedrich

Evelyn Menne

Fraktionsvors. B90/Grüne

Fraktionsvors. SPD

Die Linke